

INHALT

VORWORT UND WIDMUNG	5
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	15
EINLEITUNG	23
Forschungsbericht	25
Fragestellung der Arbeit	33
Methodische Hinweise	36
1 DIE STAATLICHEN UND INTERNATIONALEN VORGABEN ZUM DATENSCHUTZ ALS TEIL DES PERSÖNLICHKEITSSCHUTZES UND IHRE GELTUNG FÜR DIE KATHOLISCHE KIRCHE	39
1.1 Die Theorie der Privatsphäre als Teil des Persönlichkeitsschutzes ...	40
1.1.1 Der Begriff der Person als Grundlage der Privatsphäre	40
1.1.2 Die Theorie der Privatsphäre des Einzelnen	44
1.1.3 Die Spannung zwischen dem Recht auf Privatsphäre und dem Recht auf Information	48
1.2 Die staatlichen Regelungen zum Datenschutz mit Geltung für die katholische Kirche vor der Datenschutz-Grundverordnung	50
1.2.1 Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung als rechtlicher Rahmen der Privatsphäre	51
1.2.2 Das Bundesdatenschutzgesetz als einfachgesetzliche Umsetzung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung und sein Einfluss auf das kirchliche Datenschutzrecht	54
1.2.3 Der Datenschutz auf Länderebene in seinen Bezügen zum kirchlichen Datenschutzrecht	57
1.2.4 Die Konsequenzen für das kirchliche Datenschutzrecht	57
1.3 Die Rechtslage seit der Geltung der Datenschutz-Grundverordnung und ihre Auswirkungen auf den kirchlichen Datenschutz	58
1.3.1 Die Bezeichnungen religiös konnotierter Gruppierungen in den Rechtstexten der Europäischen Union	60
1.3.2 Das europäische Grundrecht auf Religionsfreiheit	61
1.3.3 Das europäische Grundrecht auf Datenschutz	64
1.3.4 Die Datenschutz-Grundverordnung und ihr Einfluss auf den kirchlichen Datenschutz	65
1.3.5 Die rechtlichen Konsequenzen der Datenschutz-Grundverordnung für das staatliche Datenschutzgesetz	72

1.3.6	Die rechtlichen Konsequenzen der Datenschutz-Grundverordnung für die Landesdatenschutzgesetze	73
1.3.7	Die Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes durch die Datenschutz-Grundverordnung	74
1.4	Zusammenfassung	75
2	DIE GESETZLICHEN VORGABEN ZUM UMGANG MIT PERSONAL-DATEN IM BEREICH VON BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSEN DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES IN DEUTSCHLAND	77
2.1	Der Begriff des öffentlichen Dienstes	78
2.2	Die gesetzlichen Vorgaben zur Führung der Personalakten im öffentlichen Dienstverhältnis	79
2.3	Die Grundsätze zur Führung der Personalakte	80
2.4	Die Struktur und der Inhalt der Personalakte	81
2.4.1	Die Definition der Personalakte	81
2.4.2	Die Gliederungselemente der Personalakte	82
2.4.3	Die Inhalte der einzelnen Personalaktenteile	83
2.5	Die Rechte und Pflichten der Angehörigen des öffentlichen Dienstes bezüglich ihrer Personalakte	85
2.5.1	Die Mitwirkung an der Richtigkeit der Personalakte	85
2.5.2	Das gestufte Recht auf Einsichtnahme in die Personalakte	86
2.5.3	Der Informationsempfang über die Anfangsspeicherung der Daten und bei der Auskunft gegenüber Dritten	88
2.5.4	Die Stellungnahme zu nachteiligen Äußerungen	89
2.6	Die Rechte und Pflichten des Dienstherrn an der Personalakte	89
2.6.1	Die Pflicht zum Führen einer zweckgebundenen Personalakte	89
2.6.2	Die Gewährleistung des Einsichtsrechts der Beamten	90
2.6.3	Die Vorlage und die Auskunft aus der Personalakte	91
2.6.4	Die Anhörungspflicht von Beamten bei Beschwerden	91
2.6.5	Die Pflicht zur Archivierung und Datenlöschung	92
2.7	Die Rechte Dritter an der Personalakte	93
2.8	Zusammenfassung	94

3	DAS EIGENE RECHT DER KIRCHE IN DEUTSCHLAND ALS GRUNDLAGE EINES EIGENEN KIRCHLICHEN DATENSCHUTZES	95
3.1	Die Religionsfreiheit als Grundlage kirchlicher Selbstverwaltung . .	96
3.1.1	Die Grundzüge individueller Religionsfreiheit	96
3.1.2	Die Grundzüge korporativer Religionsfreiheit	98
3.2	Die katholische Kirche als Religionsgemeinschaft mit dem Recht zur Selbstverwaltung	100
3.2.1	Der Begriff der Religionsgemeinschaft	101
3.2.2	Die eigenen Angelegenheiten	101
3.2.3	Das selbständige Ordnen und Verwalten	104
3.2.4	Die Schranke des für alle geltenden Gesetzes	104
3.3	Die Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts	108
3.3.1	Das Rechtsinstitut der Körperschaft des öffentlichen Rechts für Religionsgemeinschaften	108
3.3.2	Die Voraussetzungen zur Verleihung des Körperschaftsstatus	109
3.3.3	Die Rechtsfolgen des Körperschaftsstatus	111
3.4	Zusammenfassung	113
4	DIE VORGABEN ZUM PERSÖNLICHKEITSSCHUTZ IN DEN TEXTEN DES II. VATIKANISCHEN KONZILS BIS ZUR KODIFIKATION VON 1983 . . .	115
4.1	Die Vorgaben zum Persönlichkeitsschutz im CIC/1917	116
4.2	Die theologischen Vorgaben zum Persönlichkeitsschutz in den Texten des II. Vatikanischen Konzils	118
4.2.1	Die Achtung der Würde der menschlichen Person	119
4.2.2	Das Streben nach Wissen und Information	123
4.2.3	Die Schutzwürdigkeit der Privatsphäre	127
4.2.4	Das Recht auf Schutz des guten Rufs als Teil des Rechts auf Schutz der Privatsphäre	128
4.2.5	Die rechtliche Qualifikation der konziliaren Vorgaben über den Persönlichkeitsschutz	129
4.3	Der Prozess des Persönlichkeitsrechts in der Kodifikation und nachkonziliaren Gesetzgebung	133
4.3.1	Das Persönlichkeitsrecht im Projekt der „Lex Ecclesiae Fundamentalis“	134
4.3.2	Der Prozess der Kodifikation des Persönlichkeitsrechts	135

4.3.3	Der Schutz des Persönlichkeitsrechts in der nachkonziliaren Gesetzgebung	139
4.4	Zusammenfassung	140
5	DIE GESAMTKIRCHLICHEN VORGABEN ZUM UMGANG MIT PERSONALDATEN IM RAHMEN KIRCHLICHER BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE	143
5.1	Der Persönlichkeitsschutz im Grundrechtskatalog des CIC/1983	144
5.1.1	Die Gläubigen als Teil der Gemeinschaft der Gläubigen	144
5.1.2	Die Gläubigen als neue maßgebliche Rechtssubjekte im CIC/1983 ..	147
5.1.3	Die Gläubigen als Sendungsträger	150
5.1.4	Der Bezug der Grundrechte und Grundpflichten aller Gläubigen zu den allgemeinen Menschenrechten	152
5.1.5	Der Persönlichkeitsschutz als Teil der Grundrechte und Grundpflichten aller Gläubigen	156
5.2	Das Grundrecht auf Schutz der Intimsphäre und des guten Rufs im CIC/1983	158
5.2.1	Der aktuelle Text des c. 220 CIC/1983	159
5.2.2	Der Schutzbereich des Grundrechts auf den Schutz des guten Rufs	159
5.2.3	Der Schutzbereich des Grundrechts auf den Schutz der Intimsphäre	161
5.2.4	Der Normadressat	163
5.2.5	Der Rechtscharakter	164
5.2.6	Das Grundrecht auf Persönlichkeitsschutz in seiner inneren Kohärenz	165
5.2.7	Der Schutz der persönlichen Daten als Teilaspekt des Grundrechts auf Persönlichkeitsschutz	166
5.3	Die grundlegenden Formen der Gestaltung eines Beschäftigungsverhältnisses im CIC/1983	168
5.3.1	Das kirchliche Beschäftigungsverhältnis	169
5.3.2	Die Inkardination	171
5.3.3	Die Gestellung	178
5.3.4	Das Kirchenamt mit kirchlichem Beschäftigungscharakter	181
5.3.5	Das spezifische Beschäftigungsverhältnis auf Grundlage der Erteilung einer Form der kirchlichen Sendung	186
5.3.6	Das Beschäftigungsverhältnis in der Kirche aufgrund einer Dienstleistung	188

5.4	Die weiteren kanonischen Vorgaben zum Umgang mit Personaldaten	189
5.4.1	Die Vorgaben zur Aufbewahrung kirchlicher Personalakten im Kirchenarchiv	190
5.4.2	Die Vorgaben zur Aufbewahrung kirchlicher Personalakten im bischöflichen Geheimarchiv	191
5.4.3	Die Vorgaben zum Meldewesen	193
5.4.4	Die Vorgabe zur Ausgestaltung kirchlicher Beschäftigungsverhältnisse unter Beachtung der weltlichen Arbeits- und Sozialgesetzgebung	194
5.5	Zusammenfassung	196
6	DIE PARTIKULARKIRCHLICHEN VORGABEN ZUM DATENSCHUTZ BEIM UMGANG MIT PERSONALDATEN IM RAHMEN KIRCHLICHER BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE	199
6.1	Die verschiedenen Tätigkeitsbereiche kirchlicher Beschäftigungsverhältnisse	200
6.1.1	Der Tätigkeitsbereich der Bildung und der Erziehung	201
6.1.2	Der Tätigkeitsbereich der Medien, Musik und Kultur	202
6.1.3	Der Tätigkeitsbereich der pastoralen Dienste	204
6.1.4	Der Tätigkeitsbereich der caritativen Dienste	204
6.1.5	Der Tätigkeitsbereich der kirchlichen Verwaltung	205
6.2	Die verschiedenen Akteure des kirchlichen Beschäftigungsverhältnisses	206
6.2.1	Die Dienstgemeinschaft	206
6.2.2	Der kirchliche Dienstgeber	208
6.2.3	Die in kirchlichen Beschäftigungsverhältnissen Tätigen	209
6.3	Die verschiedenen Arten kirchlicher Beschäftigungsverhältnisse	210
6.3.1	Das Klerikerdienstverhältnis	210
6.3.2	Das Beamtenverhältnis	211
6.3.3	Das Angestelltenverhältnis	213
6.3.4	Die Formen drittbezogenen Personaleinsatzes	214
6.3.5	Das aufwandsentlohnte Beschäftigungsverhältnis	215
6.4	Die Vorgaben zu Personalakten im Zuständigkeitsbereich der deutschen Diözesen	216
6.4.1	Die Vorgaben zum Umgang mit den Personalakten von Priestern ...	217
6.4.2	Die Vorgaben zum Umgang mit den Personalakten von Ständigen Diakonen	218

6.4.3	Die „Ordnung zur Führung von Personalakten der Geistlichen im Bistum Essen“ als Beispiel einer teilkirchlichen Regelung der Personalakten der Kleriker	220
6.4.4	Die Vorgaben zum Umgang mit den Personalakten kirchlicher Beamter	222
6.4.5	Die Vorgaben zum Umgang mit den Personalakten kirchlicher Angestellter	222
6.4.6	Die Vorgaben zur Führung von Personalakten durch diözesane Verwaltungsanweisungen	225
6.5	Die datenschutzrechtlichen Vorgaben zum Umgang mit Personalakten kirchlicher Beschäftigter	230
6.5.1	Die datenschutzrechtlichen Vorgaben zu Personalakten kirchlicher Beschäftigter nach der Anordnung über den kirchlichen Datenschutz	230
6.5.2	Die Veränderung der datenschutzrechtlichen Vorgaben durch die Einführung des Gesetzes über den kirchlichen Datenschutz	234
6.5.3	Die datenschutzrechtlichen Vorgaben zu Personalakten kirchlicher Beschäftigter gemäß dem Gesetz über den kirchlichen Datenschutz	239
6.6	Die Rechte und Pflichten an der Personalakte im Rahmen des kirchlichen Beschäftigungsverhältnisses	242
6.6.1	Die Definition und der standardisierte Inhalt der Personalakte	242
6.6.2	Die Pflicht zum Führen einer Personalakte nach einheitlichen Grundprinzipien	243
6.6.3	Das Recht auf Einsichtnahme in und die Auskunft aus der Personalakte	245
6.6.4	Die Stellungnahme bei nachteiligen Äußerungen	246
6.6.5	Das Vorgehen bei der Archivierung und Datenlöschung	246
6.7	Die weiteren partikularrechtlichen Vorgaben zum Umgang mit Personalakten	247
6.7.1	Die partikularrechtlichen Vorgaben zur Aufbewahrung kirchlicher Personalakten im Kirchenarchiv	248
6.7.2	Die Vorgaben zum Umgang mit persönlichen Daten beim staatlichen sogenannten Kirchenaustritt	248
6.8	Die Rechtssicherung personenbezogener Daten der kirchlichen Beschäftigten	250
6.8.1	Die Konzeption der Diözesandatenschutzaufsicht nach dem Gesetz über den kirchlichen Datenschutz	251
6.8.2	Die Rechtssicherung kirchlicher Personalakten durch die Datenschutzbeauftragten	253

6.8.3	Die Rechtssicherung durch das Interdiözesane Datenschutzgericht sowie das Datenschutzgericht der Deutschen Bischofskonferenz	254
6.9	Zusammenfassung	256
7	DER AUF DEM PERSÖNLICHKEITSSCHUTZ GRÜNDENDE UMGANG MIT PERSONALAKTENDATEN IN KIRCHLICHEN BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSEN	259
7.1	Die Betonung der Menschenwürde im II. Vatikanischen Konzil als Ansatzpunkt für das Recht auf Persönlichkeitsschutz	260
7.2	Die gesamtkirchlichen Vorgaben zur Gestaltung von Beschäftigungsverhältnissen unter Wahrung des Rechts auf Persönlichkeitsschutz	263
7.3	Die partikularkirchliche Umsetzung des Persönlichkeitsschutzes beim Umgang mit Personalaktendaten	266
8	DER VERANTWORTLICHE UMGANG MIT KIRCHLICHEN PERSONAL- AKTENDATEN ALS TEIL DES KIRCHLICHEN DATENSCHUTZES	269
9	BIBLIOGRAFIE	275
9.1	Gesamtkirchliche Quellen und Quellensammlungen	275
9.1.1	II. Vatikanisches Konzil	275
9.1.2	Päpste	276
9.1.3	Kurie	277
9.1.4	CIC und CIC-Reform	278
9.2	Teilkirchliche Quellen und Quellensammlungen	279
9.3	Staatliche und internationale Quellen und Quellensammlungen	284
9.4	Übrige Quellen und Quellensammlungen	290
9.5	Kommentare und Sekundärliteratur	291
10	ANHANG	317
10.1	Quellentexte zur Kodifikation des c. 220 CIC/1983	317
10.2	Canones aus dem CIC/1917 und dem CIC/1983	317
10.3	Synopse der KDO 2013 und des KDG	318
10.4	Staatliche Quellen	319
10.5	Europarechtliche Quellen	320